

>VKU-ANALYSE

Informationen zu den Anhörungen der EU-Kommissare für die Legislaturperiode 2014-2019 mit Relevanz für den VKU

Brüssel, 22. Oktober 2014

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0 · Fax +49 30 58580-100 · info@vku.de · www.vku.de

In Brüssel haben vom 29.09.2014 bis zum 20.10.2014 die Anhörungen der designierten EU-Kommissare in den zuständigen Ausschüssen des EU-Parlaments stattgefunden. Der VKU hat die Anhörungen eng begleitet und die für die Kommunalwirtschaft wichtigsten Ergebnisse der Anhörungen ausgewertet. In den jeweils dreistündigen Anhörungen hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, den designierten Kommissaren Fragen zu ihren Prioritäten für die zukünftige EU-Legislaturperiode zu stellen. Allerdings musste sich die Frage jeweils in einer Minute formulieren lassen und die designierten Kommissare hatten zwei Minuten Zeit zur Antwort.

Am 22.10.2014 hat das Plenum des EU-Parlaments nun seine Zustimmung zum Kollegium der neuen EU-Kommission gegeben. Formal ernannt wird die Europäische Kommission am 23./24.10.2014 vom Europäischen Rat. Der Amtsantritt der neuen EU-Kommission kann dann zum 01.11.2014 erfolgen.

Es folgt a) eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse aus den Anhörungen sowie b) eine ausführlichere Darstellung der für den VKU wesentlichen neuen Kommissare.

a) Kurzzusammenfassung der Anhörungen

Der für die **Energie- und Klimapolitik** zuständige Spanier, **Miguel Arias Cañete** (EVP) kennt das EU-Parlament aus seiner Zeit als Abgeordneter in den Jahren 1986 - 1999. Seine inhaltlichen Prioritäten liegen auf dem Ausbau von grenzüberschreitenden Interkonnektoren und der vollständigen Umsetzung des 3. Energiebinnenmarktpaketes. Dabei misst er dem Verbraucher und einem intelligenten Energiesystem eine zentrale Rolle bei. Zum Thema Fracking plant Cañete aufbauend auf der bereits existierenden Mitteilung der EU-Kommission ein Gesetzespaket, welches den Empfehlungen der EU-Kommission ein verbindlicheres Kleid geben sollte, für den Fall, dass sich ein Mitgliedstaat für die Förderung von Schiefergas entscheiden sollte. Damit stehen Cañete Äußerungen in teilweise Widerspruch zu jenen des **Umweltkommissars Karmenu Vella** (Malta, S&D), der eher auf nichtbindende Leitlinien der Kommission setzen möchte. Bezüglich der Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030 erklärte Cañete, dass er die von der EU-Kommission in die Diskussion eingebrachten Ziele unterstütze. Den Emissionshandel bezeichnete Cañete als Herzstück der Energie- und Klimapolitik, er unterstütze insofern die vorgeschlagene Marktstabilitätsreserve.

Der designierte Umweltkommissar Vella erklärte mit Bezug auf die Kreislaufwirtschaft, dass er das von der EU-Kommission im Juli 2014 vorgeschlagene Maßnahmenpaket unterstütze und zunächst den Fortgang der Verhandlungen in EU-Parlament und Rat abwarten wolle. Überhaupt stehe bei ihm die Umsetzung bestehender Maßnahmen im Vordergrund und nicht prioritär der Vorschlag neuer Gesetzgebung. Cañete und Vella werden eng mit dem als **Kommissar für die Energieunion** ernannten Slowaken **Maroš Šefčovič** (S&D) zusammenarbeiten, der als Vizepräsident die Arbeiten koordinieren soll.

Der bisherige Energiekommissar **Günter H. Oettinger** (EVP) wird in der neuen Kommission für **Digitale Wirtschaft und Gesellschaft** verantwortlich sein. Oettinger hob den Einfluss der IKT-Branche auf alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft hervor. Er hält es für sinnvoll, die Aktivitäten in den Sektoren IKT, Energie und Transport eng zu koordinieren, da sie einerseits im Zusammenhang gedacht ausgebaut werden müssten, aber auch potentiell in Konkurrenz zueinander stünden, wenn es um den Zugang zu Finanzmitteln ginge. Auf die Frage, wie der Rollout von Breitband insbesondere im ländlichen Raum voranzutreiben sei, antwortete Oettinger, dass der Schwerpunkt der Investitionen im privaten Sektor liegen müsse. Gleichzeitig räumte er aber auch ein, dass es gerade im ländlichen Raum einer Ko-Finanzierung bedürfe. Hier würden Stadtwerke eine wichtige Rolle spielen.

Cecilia Malmström, EU-Handelskommissarin (Schweden, ALDE) bedauerte, dass das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) primär negativ diskutiert würde, versprach aber mehr Transparenz in den Verhandlungen. Eine klare Aussage zum Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) im TTIP wollte sie noch nicht treffen, sondern stattdessen die Auswertung der Konsultation abwarten.

Die Polin **Elżbieta Bieńkowska** (EVP) wird Kommissarin für **Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU**. Sie blieb in ihrer Anhörung bezüglich konkreter Maßnahmen vage. Sie formulierte aber abstrakt, dass sie im Handel mit Dienstleistungen noch Wachstumspotenzial in Europa sehe. Auch Maßnahmen zur Förderung von KMU sollten weiter im Fokus der EU-Politik stehen.

EU-Wettbewerbskommissarin, Margrethe Vestager (Dänemark, ALDE), gab sich in ihrer Anhörung sachorientiert. So betonte sie denn auch explizit, dass sich das EU-Wettbewerbsrecht weniger auf politischen Ideologien stützen müsse als mehr auf Fakten. Es käme nicht darauf an, was ihr gefiele oder nicht, sondern welche Fakten auf dem Tisch lägen. Vestager lobte die umfassende Novellierung des EU-Beihilferechts. Viele der neuen Leitlinien inkl. der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung hätten die Flexibilität der Mitgliedstaaten erhöht. Dies treffe bspw. auch auf die Möglichkeiten zum Rollout von Breitband zu.

Der frühere französische Finanzminister **Pierre Moscovici** wird Kommissar für Wirtschaft, Finanzen, Zölle und Steuern. Moscovici war in der Anhörung vornehmlich der Kritik ausgesetzt, welche Legitimität er als Finanzminister eines Landes mit massiven wirtschaftlichen und finanziellen Problemen habe oder sich selbst zuspreche, anderen Staaten und auch seinem eigenen Herkunftsstaat harte finanzielle Auflagen zu machen. Inhaltlich räumte er soziale und demokratische Mängel bei der Arbeit der Troika ein und setzt sich stark für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein.

Interessant für die Kommunalwirtschaft wird zukünftig zu beobachten sein, wie der **Erste Vize-Präsident der EU-Kommission, Frans Timmermans** (Niederlande, S&D) sein Amt für Bessere Rechtsetzung und Subsidiarität ausfüllen wird.

b) Ausführliche Darstellung der wesentlichen Anhörungen



Frans Timmermans (Niederlande, S&D, 56 Jahre)

Erster Vizepräsident für Bessere Rechtsetzung, Interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und EU-Grundrechtecharta

Der Niederländer Frans Timmermans wird Erster Vizepräsident für Bessere Rechtssetzung.

Timmermans ist der einzige Vizepräsident, der ein **Vetorecht** über die Initiativen aller Kommissare hat, die er auf die Einhaltung der Grundrechtecharta und der Rechtsstaatlichkeit überprüfen soll. Ihm wurde außerdem die Verantwortlichkeit für nachhaltige Entwicklung übertragen. Ziel ist es, Nachhaltigkeit in allen Initiativen der Kommission zu verankern und die gegenseitige Abstimmung aller mit Nachhaltigkeit betrauten Kommissare sicherzustellen. Was die Arbeit innerhalb der Kommission betrifft, betonte Timmermans in der Anhörung den Kollegialitätsgedanken. Sein Vetorecht wolle er nicht als Androhung an andere Kommissare verstanden wissen. Der neue Aufbau der Kommission biete die Chance, Gesetzgebung effizienter zu gestalten.

Ein Schwerpunkt der Diskussion lag auf der **zukünftigen Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips**. Man müsse definieren, was Subsidiarität bedeute und was sie bewirken solle. Daran angelehnt möchte Timmermans jede Initiative der Kommission auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Er sprach sich jedoch gegen ein zusätzliches Kontrollgremium für die Einhaltung der Subsidiarität aus. Zu einer effizienteren Gesetzgebung gehöre auch eine bessere interinstitutionelle Zusammenarbeit. Dafür möchte Timmermans nächstes Jahr eine Reform der Interinstitutionellen Vereinbarung zur Besseren Rechtssetzung auf den Weg bringen. Es gehe nicht ausschließlich darum, neue Gesetze anzugehen, sondern den politischen Willen aufzubringen, bestehende Regelungen durchzusetzen. Bessere Regulierung bedeute für Timmermans auch, einen einfacheren Zugang für Bürger und KMU zu den Institutionen. Ziel sei es, das Vertrauen der Bürger in die EU wiederherzustellen. Außerdem müsse die Folgenabschätzung von Gesetzesvorschlägen Eingang in alle Ebenen der Gesetzgebung, also auch in die Arbeit des Ministerrates und des EU-Parlaments, finden. Um mehr Transparenz zu gewährleisten, soll das bisher freiwillige Lobbyregister in ein verpflichtendes Lobbyregister überführt werden.



Maroš Šefčovič (Slowakische Republik, S&D, 48 Jahre) Vize-

Präsident für Energieunion

Maroš Šefčovič ersetzt Alenka Bratušek für den Posten des Vizepräsidenten für Energieunion.

In der scheidenden EU-Kommission war Šefčovič bereits Vizepräsident und zuständig für Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung. Šefčovič gelang es, trotz der kurzen Vorbereitungszeit auf die Anhörung, aussagekräftige Antworten zu geben und seine Haltung deutlich zu machen. In seiner Eingangsrede zählte er zu den Schwerpunkten seines Dossiers der Energieunion wenig überraschend die Vervollständigung des Europäischen **Energiebinnenmarktes**, die stärkere Einbeziehung der **Verbraucher** und die Einführung einer **CO₂-armen Wirtschaft**. Daneben betonte er die Notwendigkeit von Investitionen vor allem in die **Europäischen Netze**.

In der **Energieeffizienz** liege ein noch unausgeschöpftes Potenzial, das es zu heben gelte. Im Hinblick auf die konkrete Erreichung des Energieeffizienzziels habe man sich in der Vergangenheit aber ggf. zu sehr auf regulative Aspekte konzentriert. Hier müssten zukünftig vermehrt Anreize geschaffen werden, um die zuständigen Stellen stärker zu motivieren.

Šefčovič sprach sich zudem für eine starke Rolle der EU gegenüber Drittstaaten aus und zeigte sich der Idee einer politischen **Energieunion** nicht abgeneigt.

Der Abschneidung und Speicherung von CO₂ (**CCS**) misst Šefčovič im Zusammenhang mit der Modernisierung von Kohlekraftwerken durchaus Bedeutung bei. Diese Technologie habe Potenzial, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. In Bezug auf die Gefahr von Carbon-Leakage kann er sich durchaus für Ausnahmen für betroffene Industrien vorstellen.

Seine Antwort auf die Frage, wie die Rollenverteilung zwischen ihm und dem Energiekommissar Arias Cañete zum Beispiel bei internationalen Verhandlungen geregelt werde, blieb unklar. Inhaltlich verteidigte Šefčovič die Ziele der EU-Kommission zum Energie- und Klimarahmen 2030 und versprach eine starke Verhandlungsposition der EU-Kommission im Hinblick auf die kommenden Klimagipfel.

Miguel Arias Cañete (Spanien, EVP, 64 Jahre)



Kommissar für Energie und Klima

Der Spanier Miguel Arias Cañete wird Energie- und Klimakommissar. Damit werden die beiden Portfolios Energie und Klima, die in der alten Kommission jeweils zwei unterschiedlichen Kommissaren zugeordnet waren, zusammen geführt.

Cañete, der von 1986 – 1999 dem EU-Parlament angehörte, gab sich in seiner Anhörung selbstsicher und souverän. Auf Fragen zu Interessenkonflikten und zu seinen früheren Tätigkeiten als Minister in Spanien antwortet er, dass er bezüglich seiner Anteilseignerschaften und privaten Aktivitäten stets transparent gewesen sei und dass er sich als neuer EU-Kommissar nicht als Spanier verstehe, sondern für die Interessen von 500 Millionen EU-Bürgern zuständig sei. Seine inhaltlichen Prioritäten liegen auf dem Ausbau von grenzüberschreitenden **Interkonnektoren** und der vollständigen Umsetzung des **3. Energiebinnenmarktpaketes**. Dabei misst er dem **Verbraucher** und einem intelligenten Energiesystem eine zentrale Rolle bei. **CCS** ist für Cañete nach wie vor eine zukunftssträchtige Technologie. Was die Frage einer möglichen **Energieunion** betrifft, fordert der designierte Kommissar eine gemeinsame Stimme, um die Verhandlungsposition aller EU-Länder zu stärken.

Etliche Abgeordnete adressierten das Thema **Fracking** in durchaus kritischer Hinsicht. Cañete antwortete, dass er aufbauend auf der bereits existierenden Mitteilung der EU-Kommission ein Gesetzespaket angehen wolle, welches Fracking weder vorschreibe noch verbiete, sondern den Empfehlungen der EU-Kommission ein verbindlicheres Kleid geben soll, für den Fall, dass sich ein Mitgliedstaat für die Förderung von Schiefergas entscheiden sollte. Zu solchen verbindlichen Vorschriften zählt für Cañete in jedem Fall eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung. Fragen bezüglich der internationalen **Klimaverhandlungen** oder der **2030-Ziele** beantwortete Cañete eher verhalten. Er erklärte lediglich, dass er die von der EU-Kommission in die Diskussion eingebrachten Ziele unterstütze. Bei konkreteren Fragen verwies Cañete auf die Sitzung der Staats- und Regierungschefs am 23./24.10.2014 und die dort zunächst zu treffenden Entscheidungen. So wich er auch der Frage aus, was die EU-Kommission in Zukunft unternehmen wolle, um EU-Energieeffizienzziele auf Ebene der Mitgliedstaaten möglichst flexibel zu gestalten. Allerdings bezeichnete er die Energieeffizienz als eine der Prioritäten der zukünftigen Energiepolitik. Auch eine Frage zu den Ambitionen eines für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlichen Erneuerbaren Ziels blieb unbeantwortet. Das ETS bezeichnete Cañete als Herzstück der Energie- und Klimapolitik, er unterstütze insofern die vorgeschlagene Marktstabilitätsreserve. Fragen zum **Kapazitätsmarkt** wurden nicht gestellt.



Karmenu Vella (Malta, S&D, 63 Jahre)

Kommissar für Umwelt, Meeresangelegenheiten und Fischerei

Dem Malteser Karmenu Vella wird das Amt des Umweltkommissars zugewiesen, das mit dem Dossier Fischerei und Meeresangelegenheiten zusammengelegt wird.

Vella sieht Maßnahmen zur Nachhaltigkeit als ein Mittel zum Zwecke des Wirtschaftswachstums. Nachhaltigkeitsaspekte müssten daher Eingang in alle Ressorts finden. So könne zum Beispiel die Verteilung von Finanzmitteln in dem von Juncker vorgeschlagenen Investitionspaket an **Nachhaltigkeitskriterien** gebunden werden. Was seine Prioritäten für die zukünftige Legislaturperiode betrifft, so steht für Vella die **Umsetzung bestehender Maßnahmen** und die Überprüfung bestehender Regelungen im Vordergrund. Das 7. Umweltaktionsprogramm sei dabei prioritär.

Beim Thema **Schiefergas** verwies Vella auf die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten für ihren jeweiligen Energiemix. Seine Aufgabe sei es, sicherzustellen, dass Umweltstandards eingehalten werden. Dazu kündigte er nicht bindende Leitlinien von der Kommission an. Die Kommission wird Projekte zudem beobachten und evaluieren. (S. zu diesem Thema auch die Ausführungen des designierten Energiekommissars Cañete).

Vella betonte die Notwendigkeit der Umsetzung der **Kreislaufwirtschaft** und stellte sich hinter die Vorschläge seines Vorgängers. Er wolle nun zunächst den Verlauf des Gesetzgebungsprozesses abwarten. Vella sprach sich für einheitliche Standards für alle Mitgliedsstaaten aus, erkannte aber an, dass vergleichbare Statistiken zurzeit fehlen.



Günther Oettinger (Deutschland, EVP, 60 Jahre)

Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Der bisherige deutsche Energiekommissar Günther H. Oettinger bekommt in seiner zweiten Amtszeit als EU-Kommissar das Ressort für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft zugeteilt. Damit wird es Oettingers Aufgabe sein, einen rechtlichen Rahmen für einen europäischen digitalen Binnenmarkt zu schaffen.

Die Schwerpunkte der Anhörung lagen bei den Themen Netzneutralität und Urheberrecht. Oettinger hob grds. den Einfluss der IKT-Branche auf alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft hervor und betonte, dass alle Akteure, darunter die Kommunen, in die Weiterentwicklung einbezogen werden müssten. Oettinger hält es für sinnvoll, die **Aktivitäten in den Sektoren IKT, Energie und Transport eng zu koordinieren**, da sie einerseits im Zusammenhang gedacht ausgebaut werden müssten, aber auch potentiell in Konkurrenz zueinander stünden, wenn es um den Zugang zu Finanzmitteln ginge. Er machte daher deutlich, dass er die Kooperation zwischen den zuständigen Kommissaren in dieser Hinsicht fortsetzen werde. Insgesamt kündigte er an, innerhalb von sechs Monaten einen Bericht vorzulegen, der mögliche Schwerpunktthemen identifiziere.

Auf die Frage, wie der **Rollout von Breitband** insbesondere im ländlichen Raum voranzutreiben sei, antwortete Oettinger, dass der Schwerpunkt der Investitionen im privaten Sektor liegen müsse. Gleichzeitig räumte Oettinger aber auch ein, dass es gerade im ländlichen Raum einer Ko-Finanzierung bedürfe. Hier würden Stadtwerke oder auch Sparkassen eine wichtige Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund werde er sich mit der zukünftigen Wettbewerbskommissarin ins Benehmen setzen, wie die aktuell geltenden Breitbandbeihilfeleitlinien so flexibel ausgelegt werden könnten, dass diese möglichst großzügige Regelungen zur Genehmigung von Beihilfen bieten könnten.

Im Telekommunikationssektor möchte Oettinger neben der Vielfalt regionaler Anbieter langfristig aber auch die **europäische Global Player** fördern, die auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Zudem wünscht er sich eine stärkere Kooperation der nationalen Regulierungsbehörden.

In Bezug auf Datenschutz hob Oettinger die Notwendigkeit einer Europäischen Regelung hervor. Die geplante Datenschutz-Grundverordnung setze hohe Standards. Ihre Beratung dürfe deshalb nicht weiter verzögert werden.



Cecilia Malmström (Schweden, ALDE, 46 Jahre)

Handelskommissarin

Der Schwedin Cecilia Malmström und bisherigen EU-Innenkommissarin wird das Handelsressort zugeteilt.

In ihrem *mission letter* von Kommissionspräsident Juncker bekam Malmström den Auftrag, das Potenzial des Handels für Wachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze auszunutzen. Sie soll sowohl die multilateralen WTO- als auch die bilateralen TTIP-Verhandlungen vorantreiben, ohne dass europäische Umwelt- und Sicherheitsstandards oder seine kulturelle Vielfalt bedroht werde.

In der Anhörung leistete sie zunächst ein klares Bekenntnis zu Freihandel und **TTIP** und brachte ihr Befremden darüber zum Ausdruck, dass die Diskussion um TTIP in erster Linie negativ verlaufe. Sie verpflichtete sich ausdrücklich zu mehr **Transparenz** und mehr Dialog mit dem EU-Parlament und den Bürgern. Sie sehe ein, dass hier mehr getan werden müsse. Sehr intensiv wurde über das Thema **Investitionsschutz** und Investor-Staat-Schiedsverfahren (**ISDS**) diskutiert. In ihren schriftlichen Antworten auf die Fragen des Handelsausschusses wiederholte sie eine Aussage von Juncker, derzufolge TTIP nicht dazu führen werde, dass die Rechtsprechung europäischer Gerichte durch Investor-Staat-Schiedsverfahren begrenzt werde. In der Anhörung unterstrich sie, dass ihrer Ansicht nach, das Recht der EU zur eigenständigen Regulierung nicht untergraben werden dürfe. Sie habe deswegen grundsätzliche Bedenken gegenüber ISDS, weil bisherige ISDS-Klauseln nicht klar genug formuliert gewesen seien. Die Kommission habe jedoch in CETA sichergestellt, dass das *right to regulate* nicht eingeschränkt werde. Eine Herausnahme von ISDS aus CETA wäre daher ein großer Fehler, da dann das ganze Paket wieder aufgemacht werden müsste. Über eine Herausnahme von ISDS aus TTIP sei aktuell nicht zu entscheiden, erst sei die Auswertung der erfolgten Konsultation vorzunehmen.

Weitere kommunalwirtschaftlich relevante Themen wurden nur kurz gestreift. Die Daseinsvorsorge sei von allen Abkommen ausgenommen, die Mitgliedstaaten seien auch in Zukunft frei darin, ihre Daseinsvorsorge zu organisieren und auch Rückverstaatlichungen nach Privatisierungen blieben möglich. In Fragen des Vorsorgeprinzips werde die Kommission keine Kompromisse machen.



Elżbieta Bieńkowska (Polen, EVP, 50 Jahre)

Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Dieses Ressort fasst die beiden ehemals getrennten Portfolios Unternehmen und Industrie sowie Binnenmarkt zusammen.

Bieńkowska nannte vier Prioritäten für ihre Amtszeit: Die Vertiefung des Binnenmarktes durch Abbau bestehender Hemmnisse und Überregulierung stellen ihre erste Priorität dar. Dabei wolle sie sich auf die Sektoren mit dem größten Wachstumspotenzial konzentrieren. Als Schwerpunkte nannte sie hier eine neue Strategie für den **Binnenmarkt für Dienstleistungen** und die Umsetzung des Vergabepakets. Zur Stärkung der industriellen Basis der EU müsse Wettbewerbsfähigkeit eine Querschnittsaufgabe werden. Als wichtiges Handlungsfeld nannte sie unter anderem zu hohe Energiepreise. Zu den weiteren Schwerpunkten zählte sie die Schaffung eines wachstums- und innovationsfreundlichen Umfelds mit besonderem Augenmerk auf KMU (z.B. neuer *small business act*, KMU-Test) sowie die hohe Bedeutung der Außendimension des Binnenmarktes, v.a. die Öffnung von Auslandsmärkten (USA, Japan), aber nicht auf Kosten europäischer Standards.

Bei Fragen zur **Beschaffung** verwies sie in erster Linie auf das Vergabepaket, das nun umgesetzt werden müsse. Die niedrige Beteiligung von KMU sowie von ausländischen Unternehmen sei weiter zu beobachten. Eine Möglichkeit könnte stärkere elektronische Beschaffung sein. Die neuen Möglichkeiten, Sozialkriterien zu verwenden müssten breiter bekanntgemacht werden. Sie verpflichtete sich dazu, die Mitgliedstaaten zur Aufgabe diskriminierender und intransparenter Praktiken zu bewegen.

Zum Thema Wettbewerbsfähigkeit wiederholte sie die **hohen Energiepreise** als Problem, verwies jedoch darauf, dass der Energiemix Sache der Mitgliedstaaten sei. Es sei wichtig, dass alle Energiequellen genutzt werden, dazu gehöre auch **Schiefergas** unter Vorbehalt der Einhaltung aller Sicherheitsstandards. **Klimaschutz** und Wettbewerbsfähigkeit seien kein Widerspruch. Auch in einem **Ressourceneffizienzziel** sieht sie keinen Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit, sondern eine Stärkung der europäischen Industrie. In diesem Zusammenhang betonte sie auch die Bedeutung von Recycling.

Zum Thema **Konzessionen und Daseinsvorsorgedienstleistungen** führte sie lediglich aus, dass sie nicht vorhabe, das Beschlossene zu ändern. Wichtig sei der Dialog mit den Bürgern und mit den interessierten Kreisen. Fragen bezüglich der Problematik kommunaler Unternehmen in Hinsicht auf die europäische **KMU- Definition** wurden nicht gestellt.



Margrethe Vestager (Dänemark, ALDE, 46 Jahre)

Kommissarin für Wettbewerb

Die Dänin Margrethe Vestager wird Wettbewerbskommissarin.

Vestager antwortete auf viele der an sie gestellten Fragen weniger mit politischen Argumenten als mit sachlichen Hinweisen oder Gegenfragen. So betonte sie denn auch explizit, dass sich das EU-Wettbewerbsrecht weniger auf politische Ideologien stützen müsse als mehr auf Fakten. Von einigen Abgeordneten wurden diese Äußerungen als sachliche Herangehensweise gelobt, von anderen wurde sie als technokratisch bezeichnet.

Vestager lobte die umfassende **Novellierung des EU-Beihilferechts**. Viele der neuen Leitlinien inkl. der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung hätten die Flexibilität der Mitgliedstaaten erhöht. Dies treffe bspw. auf die Möglichkeiten zum Rollout von Breitband zu.

Ein Großteil der Fragen der Abgeordneten bezog sich auf Möglichkeiten zur Bekämpfung von marktbeherrschenden Stellungen von multinationalen Unternehmen wie Google, Microsoft oder Gazprom. Kommunale Fragen spielten bei der Anhörung eine untergeordnete Rolle. Zu Fragen des TTIP ebenso wie zu ihrer Einstellung zu natürlichen Monopolen in der Wasserwirtschaft antwortete sie lediglich, dass sie darüber nicht genug wisse, um konkret Stellung nehmen zu können. Fragen zu ihrer Einstellung bezüglich Kapazitätsmechanismen im Energiesektor wurden nicht gestellt.

Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass Vestager eine sachliche Herangehensweise an ihr neues Amt praktizieren wird.



Věra Jourová (Tschechische Republik, ALDE, 50 Jahre)

Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz

Die Tschechin Věra Jourová wird Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichberechtigung der Geschlechter.

Grundsätze der europäischen Verbraucherschutzpolitik sind für Jourová vor allem Entscheidungsfreiheit sowie Schutz und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Europäischen Binnenmarkt. Beim Thema **Verbraucherschutz** solle die Implementierung der EU-Verbraucherschutzrichtlinie an erster Stelle stehen. Jourová kündigte an, dass der Abschluss von Verhandlungen europäischer Datenschutzregelungen für sie ebenfalls höchste Priorität habe. Dabei müssten hohe Standards gesetzt werden und die Frage der Verantwortlichkeit von Zwischenhändlern im Internet- und Telekommunikationsbereich gegenüber Konsumenten geklärt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Anhörung lag bei dem Abbau rechtlicher Hürden für **KMU**. Dafür wolle sie den Bürokratieabbau vorantreiben und konkrete Regelungen bspw. zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens oder zur Verlegung von Unternehmenssitzen ins Ausland vorschlagen. Die nationalen Rechtsrahmen für Unternehmen sollten möglichst harmonisiert werden. Angesprochen auf das Thema **Investitionsschutz** und Investor-Staat-Schiedsverfahren (**ISDS**) in den internationalen Freihandelsabkommen betonte Jourová, dass Streitschlichtungsmechanismen keine Umgehung europäischen Rechts darstellen dürften.

Jourová betonte mehrfach, dass sie selbst Erfahrungen mit Ungerechtigkeit und Ungleichheit gemacht habe und daraus Motivation für ihre Arbeit schöpfe. Sie war vor acht Jahren aufgrund von Korruptionsvorwürfen in Haft; wurde aber von allen Vorwürfen freigesprochen. Dennoch äußerten einige Abgeordnete Bedenken hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit. Zudem enttäuschte Jourová durch Antworten, die wenig ins Detail gingen. Die Komplexität des neuen Portfolios, das aus der Zusammenlegung von vormals drei Bereichen hervorgeht, stieß bei vielen Abgeordneten auf Bedenken.



Jyrki Katainen (Finnland, EVP, 42 Jahre)

Vizepräsident für Beschäftigung, Wachstum, Wettbewerb und Investitionen

Der Finne Jyrki Katainen wird Vizepräsident für Beschäftigung, Wachstum, Wettbewerb und Investitionen.

Die Fragen der Abgeordneten bezogen sich überwiegend auf das von Juncker vorgeschlagene **Investitionspaket**. Dafür sollen bereits bestehende Quellen durch eine bessere Koordinierung effizienter eingesetzt werden. Potenzial dafür sieht Katainen unter anderem beim Energiebinnenmarkt, dem Digitalen Binnenmarkt sowie bei der Dienstleistungsrichtlinie. Fragen zum konkreten Einsatz der Gelder wick Katainen aus. Vielmehr versuchte er seine Zielvorstellungen zu vermitteln: Potenzial für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze sieht Katainen im Bereich der **Erneuerbaren Energien**. Außerdem müsse ein Schwerpunkt auf die Forschung und Entwicklung Erneuerbarer Energien gesetzt werden. Handelshemmnisse für klimafreundliche Technologien müssten abgebaut werden. Bei der Ausgestaltung des Energiebinnenmarktes sei eine stärkere Harmonisierung erforderlich. Zudem könne das Investitionspaket zur Förderung von Interkonnektoren eingesetzt werden. Zur Erreichung nachhaltigen Wachstums sprach Katainen sich für die Einführung eines emissionsgestützten Besteuerungssystems und eine **Reform des ETS-Systems** aus. Die Ressourceneffizienz solle Eingang in die Bewertungen des Europäischen Semesters finden. Möglich seien auch neue Finanzinstrumente zur Förderung von Ressourceneffizienz. Nicht zuletzt solle auch das Recycling stärker gefördert werden.

In Zukunft solle zudem verlässlicher Binnenmarkt für KMU geschaffen werden. Die Rahmenbedingungen für KMU müssten verbessert werden. Als Vorschlag dafür nannte Katainen mehr Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen. „Faire“ Freihandelsabkommen mit Drittstaaten sieht Katainen ebenfalls als Chance für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Während seiner Antworten verwies Katainen häufig auf die Arbeit anderer designierter Kommissare, insbesondere Pierre Moscovici und Kristalina Georgieva (zuständig für den Haushalt) und betonte den Teamcharakter der Kommission.



Jonathan Hill (Großbritannien, ECR, 53 Jahre)

**Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen
und Kapitalmarkt**

Der britische Konservative Jonathan Hill wird Kommissar für
Finanzstabilität, -dienstleistungen und den Kapitalmarkt.

Im Vorfeld zu Hills Anhörung wurden zahlreiche Zweifel an seiner Unabhängigkeit laut. Hill war als **Politikberater** unter anderem **für die Finanzindustrie** tätig. Zudem bezweifelten Abgeordnete, dass Hill als britischer Kommissar im europäischen Interesse handeln wird, zumal Großbritannien nicht Mitglied der Eurozone ist. Diese Bedenken spiegelten sich in einem beträchtlichen Anteil der Fragen wider. Hill wies diese Bedenken zurück und verwies darauf, dass er sich bereits vor mehr als vier Jahren vollständig aus der Beratungsfirma zurückgezogen habe und seine Anteile daran einen Tag nach Bekanntwerden seiner Nominierung verkauft habe. Zudem betonte er als Kommissar im allgemeinen Interesse der Europäischen Union handeln zu wollen, auch bei Interessenkonflikten mit seinem Heimatland. Er sei der Auffassung, dass die EU besser mit Großbritannien dastehe und umgekehrt.

Fachlich ging es in der Anhörung vor allem um die weitere Ausgestaltung der Bankenunion, die Herstellung einer Kapitalmarktunion und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft und insbesondere auf KMU. Hill nannte fünf Prioritäten für seine Amtszeit, darunter die bessere Berücksichtigung von Verbraucherinteressen und Transparenz, sowie eine Kapitalmarktunion. Zur konkreten Ausgestaltung seiner Vorhaben konnte er jedoch keine Hinweise geben. Er verwies häufig auf weitere Gespräche und verweigerte teilweise Aussagen mit dem Verweis auf seine kurze Einarbeitungszeit. So konnte er sich auch nicht zum Thema Eurobonds äußern.

Aufgrund dieser unzureichenden Vorstellung luden die Abgeordneten Hill zu einer zweiten Anhörung ein, bevor sie ihm die Zustimmung gewährten.



Pierre Moscovici (Frankreich, S&D, 56 Jahre)

Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, Zölle und Steuern

Der frühere französische Finanzminister Pierre Moscovici wird Kommissar für Wirtschaft, Finanzen, Zölle und Steuern zuständig sein.

Moscovici war in der Anhörung vornehmlich der Kritik ausgesetzt, welche **Legitimität** er als Finanzminister eines Landes mit massiven wirtschaftlichen und finanziellen Problemen habe oder sich selbst zuspreche, anderen Staaten und auch seinem eigenen Herkunftsstaat harte finanzielle Auflagen zu machen. Moscovici betonte dabei, dass die **Gemeinschaftswährung** eine ‚Herzensangelegenheit‘ für ihn sei, weshalb er sich bei den Maßnahmen im Zuge der Eurorettung immer für Solidarität und die Erhaltung des gemeinsamen Währungsraumes ausgesprochen habe. Allerdings will er sich durchaus für institutionelle Reformen einsetzen (beispielsweise Überarbeitung des Indikatorensets im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Überwachungsverfahrens). Ebenso verteidigte er die Arbeit der **Troika** in der Sache, räumte aber gravierende soziale und demokratische Mängel bei Umsetzung und Rückkoppelung der Maßnahmen ein.

In Bezug auf die Ankurbelung von **Investitionen** betonte er mehrmals, dass private und öffentliche Investitionen kein Widerspruchspaar seien.

Mehrmals betonte Moscovici die Bedeutung einer besseren europäischen Steuerpolitik. Neben einer Konsolidierung der öffentlichen Steuereinnahmen und der Bekämpfung von Kriminalität, sei dies auch eine schlichte Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Die Einstimmigkeit bei der Entscheidungsfindung blockiere hier zentrale Beschlüsse. Deswegen begrüßt er die Nutzung des Instruments der "Verstärkten Zusammenarbeit" um zumindest in einigen Ländern eine **Finanztransaktionssteuer** voranzubringen. Er werde hier eng mit BM Schäuble zusammen arbeiten, um schnell Fortschritte zu erzielen.



Valdis Dombrovskis (Lettland, EVP, 43 Jahre) Vizepräsident

für den Euro und den sozialen Dialog

Valdis Dombrovskis wird Vizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog.

In dieser Rolle überwacht er die Arbeit der Kommission zu Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion, zur Stabilität des Euro und zu den öffentlichen Finanzen sowie zur sozialen Gerechtigkeit.

Dombrovskis zentrales Versprechen ist die Herstellung eines Gleichgewichts von Haushalts- und Sozialpolitik. Die Politik zur Wachstumsförderung und zur Stabilität des Euro müssten auch die sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekte berücksichtigen. Hierfür müsse der **Sozialdialog auf europäischer Ebene** gestärkt werden. Dazu sucht Dombrovskis einen engen Austausch mit den Sozialpartnern (CEEP, Business Europe, Europäischer Gewerkschaftsbund).

Außerdem möchte Dombrovskis die Sozialpartner stärker in das sogenannte **Europäische Semester** einbeziehen. Alle EU-Länder haben sich zur Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 verpflichtet und diese in nationale Ziele und wachstumsfördernde Strategien umgesetzt. Die gewünschten Wachstumseffekte können sich aber nur einstellen, wenn die individuellen Anstrengungen der EU-Länder koordiniert und gebündelt werden. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission einen jährlichen Zyklus für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik eingerichtet, das „Europäische Semester“. Jedes Jahr nimmt die Kommission eine eingehende Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der EU-Länder vor und gibt ihnen Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate. Die Vielzahl an Regeln im Rahmen des **Europäischen Semesters**, des Verfahrens zu makroökonomischen Ungleichgewichten und des Stabilitätspakts sorgten aus Sicht von Dombrovskis für Missverständnisse und erlegten den Mitgliedstaaten zu viele Berichtspflichten auf. Zudem sollen die sozialen Indikatoren in den Regelungen des Europäischen Semesters den gleichen Stellenwert bekommen wie die fiskalen Indikatoren.